

Thuner Aarebaggerung wirft Wellen

GROSSER RAT / Die Auswirkungen einer tieferen Aaresohle auf die national bedeutenden Äschenlaichplätze in Thun können untersucht werden. Das Kantonsparlament bewilligte gestern einen Nachkredit von 175 000 Franken. Die Fischer kündigten aber Widerstand an.

ADRIAN KREBS

Das Hochwasser vom Sommer 1999 warf gestern im Grossen Rat noch einmal hohe Wellen. Zu reden gab insbesondere ein Nachkredit von 175 000 Franken, mit dem die Berner Regierung «die Untersuchungen der Umweltauswirkungen einer tiefer gelegten Aaresohle am Auslauf des Thunersees» bezahlen will. Diese Studien, so die Begründung der Regierung, seien nötig, um vor einer allfälligen Ausbaggerung des Flussbettes abzuklären, ob der Äschenlaichplatz gefährdet sei und ob er möglicherweise verlegt werden könne. Bereits erwiesen ist, dass die Abflusskapazität mit einer tieferen Aaresohle im Bereich der Schadau und dem Thunerhof um rund 13 Prozent erhöht werden könnte.

Mit 142 zu 9 Stimmen unterstützten die Kantonsparlamentarier das Vorgehen der Regierung

zwar deutlich. Im Vorfeld der Abstimmung entbrannte allerdings eine emotionsgeladene Debatte über den Bevölkerungsschutz im Spannungsfeld der ökologischen Interessen. René Liechti (fps, Lauterbrunnen) wollte das Geschäft im Namen seiner Fraktion sogar zurückweisen. «Die Aare muss tiefer gelegt werden, lieber heute als morgen», forderte er. Weitere 175 000 Franken für Studien zu den Fischlaichplätzen seien unnötig, weil das mehrere Millionen Franken teure Ausbaggerungsprojekt nicht vom Äschenlaichplatz abhängen dürfe, sagte Liechti. Er stellte die provokative Frage in den Raum, ob «ein paar Fische wichtiger sind als Menschenleben und Hochwasserschäden in Millionenhöhe».

Kein Schutz um jeden Preis

«Nein, Herr Liechti, Fischlaichplätze sind mir nicht wichtiger als Menschenleben», entgeg-

nete ihm die Baudirektorin Dori Schaer. So vereinfacht lasse sich das Problem im Aarebecken nicht darstellen. Mit den Studien wolle die Regierung eine fundierte Diskussionsgrundlage erarbeiten lassen und gleichzeitig das ökologische Gleichgewicht am Seeufer untersuchen. Die Regierungsrätin rief ausserdem in Erinnerung, dass das verheerende Hochwasser selbst mit einer tiefer gelegten Aaresohle nicht hätte gebannt werden können.

Die grüne Grossrätin Franziska Widmer (Bern) trug noch zusätzlich Wasser auf die Mühlen der Regierung. Als Sprecherin der Finanzkommission musste sie zu den «relativ hohen Kosten für die Untersuchungen» Stellung beziehen. Es brauche zeitintensive Beobachtungen der Äschenlaichplätze während zweier Frühjahre, unter anderem unter Einsatz von Tauchern. Zugleich werde eine Bestandesaufnahme aller Laich-

plätze erstellt, die von einer Aaretieferlegung betroffen wären. Den wissenschaftlichen Teil der Studie übernehme ein Institut der ETH Zürich (60 000 Franken). Ohne Abklärung sei die wasserbauliche und fischereirechtliche Bewilligung für die Aareabsenkung kaum zu bekommen.

Widerstand der Fischer

SP-Grossrat Roland Seiler aus Moosseedorf kündigte erbitterten Widerstand der Fischer an. «Wir werden uns mit allen politischen und juristischen Mitteln gegen die Ausbaggerung des Flussbettes zur Wehr setzen», sagte der Präsident des kantonalbernerischen Fischereiverbandes. Der Thuner Äschenlaichplatz sei neben jenem am Rheinfluss der bedeutendste der Schweiz. Die Fischereikreise aus der Ostschweiz hätten ihm bereits ihre Unterstützung signalisiert, erklärte Seiler an die Adresse der Baudirektorin.